



Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über das Fördern der Möglichkeit von CO₂-Zielvereinbarungen für KMU durch Zusammenschlüsse

Eröffnet am 17.06.2019

Die Regierung wird gebeten zu prüfen, ob sich auf kantonaler Ebene Zusammenschlüsse von KMU zwecks CO₂-Zielvereinbarungen fördern und erleichtern lassen.

Begründung:

Treibhausgasintensive Unternehmen können sich von der CO₂-Abgabe befreien lassen, wenn sie sich im Gegenzug zu einer Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichten (Zielvereinbarung). Nehmen sie am Emissionshandelssystem teil, sind sie ebenfalls von der CO₂-Abgabe befreit.

Um eine Verminderungsverpflichtung eingehen zu können und von der Abgabe befreit zu werden, muss das Unternehmen: 1. eine Tätigkeit nach Anhang 7 der CO₂-Verordnung ausführen, 2. mit dieser Tätigkeit mindestens 60 Prozent seiner Treibhausgasemissionen verursachen und 3. in einem der vergangenen zwei Jahre Emissionen von mehr als 100 Tonnen CO₂-Äquivalenten (CO₂eq) ausweisen.

Luzern ist ein KMU-Kanton. Diverse dieser KMU wären an einer Zielvereinbarung interessiert, erreichen aber die vorgegebene Menge von 100 Tonnen nicht. Zusammenschlüsse mehrerer KMU würden es auch diesen ermöglichen, individuelle Zielvereinbarungen abzuschliessen und sich von der CO₂-Abgabe befreien lassen. Dies wäre ein nachhaltiger, innovativer Weg für die Unternehmen. Zudem würde für den CO₂-Ausstoss nicht einfach bezahlt (Abgabe), sondern die Menge würde effektiv gesenkt.

Die CO₂-Verordnung auf Ebene Bund sieht die Möglichkeit von Zusammenschlüssen vor, um in Gruppen die nötige Menge zu erreichen. Wir bitten, die Regierung zu prüfen, ob sich solche Zusammenschlüsse auf kantonaler Ebene fördern und erleichtern lassen.

Zemp Gaudenz